

# Auferstehen in Ruinen

*Von Jochen Staadt*



**Befreit von allen Schikanen und Fesseln:** Heinz Rühmann im Gespräch mit Walter Ulbricht Stadtmuseum Berlin/Friedhelm Hoffmann

Zwei Tage nachdem amerikanische Streitkräfte im März 1945 Rhöndorf erreicht hatten, erhielt Konrad Adenauer Besuch. Zwei Offiziere baten ihn, das Amt des Kölner Oberbürgermeisters wieder zu übernehmen, aus dem er 1933 von den Nationalsozialisten entlassen worden war. Adenauer lehnte ab, da seine Söhne noch in der Wehrmacht dienten und er befürchtete, sie würden in Sippenhaft genommen und hingerichtet. Einen Monat später sprach ein Stabsoffizier aus General George Pattons 3. US-Armee bei Konrad Adenauer vor. Er trug dem 69 Jahre alten vormaligen Zentrumspolitiker, der auf einer Liste unbescholtener Personen stand, abermals das Amt des Oberbürgermeisters an. In Adenauers Erinnerungen ist der Besucher als „amerikanischer Offizier, ein jüdischer Emigrant, der meinen Namen kannte“, erwähnt. Adenauers Gesprächspartner hieß Ulrich Biel. Der gebürtige Berliner und promovierte Jurist war 1934 in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Seine engsten Familienangehörigen, die im Land geblieben waren, wurden 1942 in das Getto in Riga deportiert und ermordet. In dieser Zeitung machte Martin Otto 2007 Biels Notizen über seine beiden Gespräche mit dem „ungekrönten König des Rheinlandes“ bekannt, den er der amerikanischen Militäradministration für höhere Aufgaben empfahl. In Adenauers Notizbuch sind die Unterredungen mit Biel für den 16. und 17. April 1945 eingetragen. Am 4. Mai 1945, vier Tage vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens des besiegten Deutschlands mit den Alliierten, ernannte die amerikanische Militärverwaltung Konrad Adenauer zum Kölner Oberbürgermeister.

Während die Alliierten im Westen für den Aufbau der Verwaltungsstrukturen noch nach unbescholtenen Leuten suchten, stand für die sowjetische Seite längst fest, wer in ihrem Einflussbereich diese Aufgabe übernehmen sollte. Walter Ulbricht erinnerte sich 1970 in einer internen Besprechung zur Vorbereitung des 25. Jahrestages der Gründung der SED folgendermaßen an das Frühjahr 1945: „Wir waren die am besten vorbereitete Partei. Daran gab es keinen Zweifel. Das war auch deshalb notwendig, weil wir keine Zeit hatten. Wir mussten das schneller als die USA und die übrigen Westmächte machen. Deshalb mussten wir buchstäblich in wenigen Tagen die ganze Selbstverwaltung in Berlin und in den Ländern aufbauen, damit schon antifaschistisch-demokratische Selbstverwaltungen konstituiert waren und existierten, noch bevor die weiteren Verhandlungen zwischen den vier Mächten erfolgten. Diese Selbstverwaltungen mussten eine Koalition von Kommunisten, Sozialdemokraten, bürgerlichen Hitlergegnern usw. werden. Das alles musste geprüft werden und innerhalb von zwei Wochen geschehen. Mehr Zeit hatten wir dafür nicht.“ Es sollte zugleich verhindert werden, dass der amerikanischen Regierung vor der Potsdamer Konferenz Vorwände für eine Intervention in der sowjetischen Besatzungszone geliefert würden. Hätte man beispielsweise die Bildung von Räten organisiert, „dann wäre das selbstverständlich Wasser auf die Mühlen des Gegners gewesen. Aber so waren wir die konsequentesten Demokraten. Wir waren demokratischer als die Christen mit Kaiser an der Spitze. Alle waren radikal und wollten uns übertreffen. Wir wollten nur die Staatsmacht haben, weiter nichts! Die antifaschistisch-demokratische Staatsmacht genügte uns. Wir sagten uns: Wie es dann weitergeht, das werden wir schon sehen.“

Tatsächlich hatten sich die Moskauer Exilkommunisten 1945 programmatisch und organisatorisch besser als alle anderen politischen Kräfte in Deutschland auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet. Im Februar 1944 beauftragte die KPD-Führung eine

zwanzigköpfige Arbeitskommission mit der Ausarbeitung eines Programms zur „Gestaltung des neuen Deutschlands“. Ein Vielparteiensystem wie in der Weimarer Republik sei dafür „nicht geeignet“. Stattdessen sei ein „Block der kämpferischen Demokratie“ anzustreben. Den Gedanken einer solchen Blockbildung hatte Georgi Dimitroff der KPD-Führung nahegebracht. Der ehemalige Chef der Kommunistischen Internationale war nach der 1943 erfolgten Auflösung der Komintern als Europabeauftragter Stalins tätig, um die Machtergreifung in den von der Roten Armee besetzten Ländern vorzubereiten. In seinem Heimatland Bulgarien sorgte bereits 1944 ein „Block der kämpferischen Demokratie“ namens „Vaterländische Front“ für die Ausschaltung „bürgerlicher Kräfte“ und den Übergang zur kommunistischen Volksrepublik. Deren Führung als Ministerpräsident übernahm Dimitroff selbst.

In der KPD-Arbeitskommission sprach am 6. März 1944 Dimitroffs ehemaliger Mitarbeiter Wilhelm Florin über die Lage und Aufgaben in Deutschland. Florin äußerte die Befürchtung, dass in der Frage, ob es zu einer „Ost- oder Westorientierung“ kommen wird, „die reaktionären Kreise in England und den Vereinigten Staaten“ den Zusammenschluss „der Mehrheit des Volkes auf der fortschrittlichen Plattform gegen die Volksfeinde in Deutschland“ behindern würden. „Sie werden darauf hinarbeiten, dass ihre Regierungen mit Speck und Krediten, mit geringen Reparationsforderungen nach Deutschland gehen, um unserem Volk die Westorientierung schmackhaft zu machen und es mit Hilfe der deutschen Reaktion doch wieder gegen die Sowjetunion zu missbrauchen.“ Über die „demokratischen Parteien“ der Weimarer Republik sagte Florin: „Wir können ihre Wiederaufrichtung nicht verhindern, im besten Falle ihre Massenanziehung abschwächen.“ Erreichbar sei aber die Herausbildung von Parteiführungen, „mit denen ein Block der Parteien möglich ist“. Das alles sollte, wie der spätere DDR-Kulturminister Johannes R. Becher erklärte, auf der Grundlage der „ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes“ vonstattengehen.

**Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 95**

(Behörde)

— Straf — Senat — Kammer —

Berlin , den 7. Februar

Fernsprecher:

Geschäftsnummer: 95 Gs. 531/47

(In allen Zuschriften anzugeben)

## Haftbefehl

Der Kaufmann **Erich M i e h l k e** geboren am 28.12.1907  
wehnhaf in Berlin, Grünthalerstr.

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Er wird beschuldigt, in Berlin am 9.8.1931 gemei  
mit dem Erich Ziener handelnd die Polizeioffiziere **A n l a**  
**L e n k** getötet und die Tötung mit Überlegung ausgeführt  
Verbrechen gemäß §§ 211, (alte Fassung) u. 47 StGB.

Er ist dieser Straftat dringend verdächtig und da ein  
den Gegenstand der Untersuchung bildet, fluchtverdächtig

— Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zul

Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 95  
ges. Schlenbach,  
Hilfsrichter.

Beglaubigt:



St. P.

*Friesch* Kgl. A.

**Ein Mann mit Erfahrung:** 1947 beschlagnahmte die sowjetische Militärverwaltung einen neuerlichen Haftbefehl gegen Erich Mielke, mit dem die Verjährung des Haftbefehls aus dem Jahr 1931 aufgehoben worden war. Am 23. Februar 1990 wurde er bei einer Durchsuchung des Wohnsitzes von Erich Mielke in der Wandlitzer Funktionärssiedlung aufgefunden. Nachlass Hans-Dieter Heilmann

Walter Ulbricht unterbreitete der Arbeitskommission am 17. April 1944 seine Vorstellungen über „die politische Führung beim Sturz Hitlers und im neuen Deutschland“. Er meinte, „ein Wiederaufbau der alten bürgerlichen Parteien“ sei nicht möglich. Es werde Parteien geben, „aber nur auf antifaschistischer Grundlage“. Vor allem aber müsse man „möglichst entscheidende Posten der Staatsgewalt“ in die Hand bekommen. Die Sozialdemokraten seien in verschiedene Richtungen zerfallen, ihr rechter Flügel suche „Anschluss an bürgerliche Kreise“. Sepp Schwab, Chefredakteur des deutschsprachigen Rundfunks in Moskau und später stellvertretender DDR-Außenminister, notierte sich zu Ulbrichts Ausführungen: „Wir müssen selbst Hand anlegen in der Schaffung einer solchen Sozialdemokratie, die mit uns zusammenarbeitet.“ Unmittelbar nach Abschluss der Konferenz von Jalta erläuterte Georgi Dimitroff Mitte Februar 1945 der KPD-Führung die Konsequenzen des Gipfeltreffens. Die KPD müsse sich darauf vorbereiten, „dass Berlin geteilt wird, dass Deutschland geteilt wird“. Neben Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht nahmen Anton Ackermann und seine Lebensgefährtin Elli Schmidt an diesem Treffen teil. Elli Schmidt erinnerte sich 1966 in einer internen Zeitzeugenbefragung an die damalige Unterredung mit Dimitroff. Seit diesem Gespräch sei sich die KPD-Führung sicher gewesen, „dass der Kapitalismus wenigstens in einem Teil Deutschlands seine Existenz behaupten wird“. Nach dieser Besprechung verfasste Walter Ulbricht am 18. Februar 1945 seinen „Vorschlag für die nächsten Maßnahmen der deutschen Kommunisten“. Darin formulierte der 1933 emigrierte Kommunist bereits detaillierte Anweisungen, wie nach der „Entsendung von Arbeitsgruppen aus Funktionären der KPD in das von der Sowjetunion besetzte deutsche Gebiet“ zu verfahren sei. Da im sowjetischen Exil nur wenige hundert KPD-Funktionäre die stalinistischen Säuberungen überlebt hatten, forderte Ulbricht zur Verstärkung Hunderte in Schnellkursen umgeschulte „antifaschistische Kriegsgefangene“ an, „die für die Arbeit im sowjetisch-besetzten deutschen Gebiet geeignet sind“.

Am 1. März 1945 veranstaltete Wilhelm Pieck in der KPD-Parteischule bei Moskau eine Lehrstunde über „Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland“, um den Kursteilnehmern die Konsequenzen aus der Konferenz von Jalta zu erläutern. Es sei damit zu rechnen, dass es in den Westzonen den „reformistischen Führern der Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ ermöglicht werde, Einfluss gegen die Kommunisten zu gewinnen. „Wesentlich einfacher wird die Organisierung unserer Arbeit in der Besatzungszone der Roten Armee, sowohl was den Einsatz unserer Kader angeht als auch die Zusammenarbeit und die Übereinstimmung in Ziel und Durchführung unserer Aufgaben.“ Die KPD werde rasch Zeitungen und Rundfunk für ihre Agitation nutzen können. Auch wenn zunächst ein „Block der kämpferischen Demokratie“ auf der Tagesordnung stehe, blieben die kommunistischen Ziele bestehen, „wenn sie auch für die nächste Zeit noch nicht verwirklicht werden können. Aber die Zeit dafür wird kommen, und wir müssen uns gründlich darauf vorbereiten.“

Am 5. April 1945 beschloss die KPD-Führung in Moskau „Richtlinien für die Arbeit in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“. Sie wurden nach

Konsultationen mit der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee an jene KPD-Funktionäre herausgegeben, die für die erste Rückkehrwelle nach Deutschland ausgewählt waren. Die Richtlinien enthielten einen Aufgabenkatalog, den die KPD-Funktionäre gemeinsam mit den sowjetischen Orts- und Stadtkommandanten zu verwirklichen hatten. Im Einzelnen ging es um Maßgaben für die Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch zur „Säuberung der Schulen, Bibliotheken und Institutionen von nazistischer, militaristischer und anderer reaktionärer Literatur“. Dabei sollten nicht nur die nationalsozialistischen Bücher aus dem Verkehr gezogen werden, „auch die aus der Weimarer Republik können nicht mehr für den Unterricht verwendet werden“.

Die Richtlinien enthielten weiterhin Anweisungen, welche Positionen beim Aufbau von Stadt- und Gemeindeverwaltung unbedingt durch Kommunisten aus dem Exil und „antifaschistische Kriegsgefangene“ zu besetzen seien. Mitgeteilt wurde auch, dass die Führungsgruppe der KPD zunächst beim Stab der 1. weißrussischen Front stationiert werde. Dem Frontstab der Roten Armee für die Gebiete Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Halle-Merseburg wurden KPD-Funktionäre zugeteilt, „die als Instruktoren bei der Organisation der Stadtverwaltungen helfen“. Die für Bezirks- und Kreisstädte eingeteilten KPD-Rückkehrer hätten dort zu „kontrollieren, ob die geschaffenen Gemeindeverwaltungen aus zuverlässigen Antifaschisten bestehen und wirklich im Sinne der Richtlinien arbeiten“.

Während sich die KPD-Einsatzgruppen in Moskau auf ihre Mission vorbereiteten, kommandierte die Hauptverwaltung der Roten Armee am 3. April 1945 Arthur Pieck, der Sohn des KPD-Vorsitzenden, von der Kurland-Front in Lettland nach Moskau ab. Pieck, den die Hitler-Regierung ausgebürgert hatte, besaß die sowjetische Staatsbürgerschaft und diente als Politkommissar und Hauptmann in der Roten Armee. Nun sollte er als ortskundiger Dolmetscher bei der Besetzung Berlins und als Verbindungsmann zwischen dem sowjetischen Oberkommando und den deutschen Kommunisten zum Einsatz kommen.

Den Notizbucheinträgen Arthur Piecks sind viele Details der Machtübernahme durch die aus Moskau nach Berlin zurückgekehrte „Brigade Ulbricht“ zu entnehmen. Pieck meldete sich am 30. April im Hauptquartier der 5. Stoßarmee des sowjetischen Stadtkommandanten Berlins, Generaloberst Nikolai Bersarin, zum Dienstantritt. Am gleichen Tag landete in dem 70 Kilometer östlich von Frankfurt (Oder) gelegenen Ort Kalau (Bezirk Meseritz), dem späteren polnischen Kalawa, eine sowjetische Militärmaschine mit Walter Ulbricht und seinen Leuten an Bord. Ulbricht wurde sofort nach Berlin gefahren, die anderen folgten am nächsten Tag. Unter den zehn mitgebrachten „antifaschistischen Kriegsgefangenen“ befand sich auch der ehemalige Wehrmachtsmajor und Ritterkreuzträger Paul Markgraf. Bersarin ernannte ihn umgehend zum Berliner Polizeipräsidenten. Aufmerksame Leser des „Völkischen Beobachters“ konnten mit Markgrafs Namen etwas anfangen. Das NSDAP-Blatt hatte zu Jahresanfang 1943 gemeldet: „Der Führer verlieh das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes an Oberleutnant Paul Markgraf, Führer einer Panzerjägerabteilung. Oberleutnant Paul Markgraf, am 17. Juli 1910 als Sohn des Behördenangestellten August Markgraf in Berlin geboren, griff mit seiner Panzerjägerabteilung bei dem Kampf im Raum von Stalingrad aus eigenem Entschluss eine im Vorgehen befindliche Kavallerie-Brigade an und vernichtete sie.“ Markgraf geriet kurz danach bei Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft und schloss sich bald dem von der KPD gegründeten Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) an.

Die „Gruppe Ulbricht“ erhielt zunächst Quartier bei der 1. Belorussischen Front in Strausberg; sie bezog am 8. Mai 1945 ihr Berliner Hauptquartier in der heutigen Einbeckerstr. 41 unweit der sowjetischen Stadtkommandantur. Ulbricht selbst begann nach seiner Ankunft sofort mit der Suche nach dem geeigneten Personal für die künftige Berliner Stadtverwaltung. Sie sollte das Paradebeispiel für die kommunistische Nachkriegspolitik werden.

Die ersten Personallisten hatte Ulbricht aus Moskau mitgebracht. Von dort forderte er fortgesetzt weitere Funktionäre an: „Ich brauche dringend weitere Mitarbeiter: zehn qualifizierte Instrukteure-Kommunisten für die Arbeit in den Kreisverwaltungen und in Brandenburg“. Für die Schulungsarbeit würde Wilhelm Zaisser benötigt. „Zehn Kriegsgefangene habe ich auf die Kreisverwaltungen verteilt. Ich brauche Kohlmey und zehn Gehilfen für die Arbeit in der Abteilung Volksbildung. Es wäre erwünscht, dass Hans Becher Ende Mai zur Arbeit unter der Intelligenz hierherkommt.“ Eine Zeitung könne in ungefähr zwei Wochen erscheinen, dafür benötige er als Chefredakteur Rudolf Herrstadt.

Am 6. Mai 1945 traf Ulbricht mit Bersarin zusammen und erläuterte ihm seine Liste für die Besetzung des Berliner Magistrats. Am 10. Mai stellte Arthur Pieck dem aus Moskau angereisten Politbüromitglied der KPdSU Anastas Mikojan mehrere der vorgesehenen Magistratsmitglieder persönlich vor. An der Begegnung nahmen auch die Marschälle Schukow und Sokolowski sowie Stadtkommandant Bersarin teil. Walter Ulbricht beorderte am 16. Mai Arthur Pieck zu sich und wies ihn an, sich Zivilkleidung zu besorgen, denn er könne zur Amtseinführung des Magistrats nicht in sowjetischer Uniform erscheinen.

Stadtkommandant Bersarin setzte am 19. Mai den Magistrat ein. Seinen bisherigen Dolmetscher und Berater Arthur Pieck ernannte er zum Stadtrat für Personal und Verwaltung. Als Oberbürgermeister und Aushängeschild diene der parteilose, 68 Jahre alte Architekt Arthur Werner, der zwar 1932 kurzzeitig der NSDAP angehört, aber im gleichen Jahr die Partei enttäuscht wieder verlassen hatte. Walter Ulbricht sagte später über Werner: „Der hatte den besten Zylinder von Berlin und war immer gut gekleidet. Er war der Typ des bürgerlichen Politikers mit geschliffenen Umgangsformen. Mit den Nazis hatte er sich nicht groß engagiert, so dass er als parteiloser Antifaschist galt. Werner hatte von den politischen Problemen und Entscheidungen keine Ahnung.“

Erster stellvertretender Bürgermeister wurde der KPD-Funktionär und spätere DDR-Innenminister Karl Maron, zweiter Bürgermeister der ehemalige Zentrumspolitiker Andreas Hermes. Ihn hatte Ulbricht am 6. Mai dem sowjetischen Geheimdienstoffizier Iwan Serow in einem vorläufigen „Vorschlag für die Zusammensetzung der Führung der Stadtverwaltung“ folgendermaßen ans Herz gelegt: „Ich erfuhr durch einen Zufall die Adresse von Dr. Hermes, Mitglied der Zentrumspartei und früherer Reichsernährungsminister. Nach längerem Suchen trafen wir ihn in der Villa einer befreundeten Frau. Dr. Hermes hatte ganz gut verstanden, dass ich nicht nur gekommen war, um mich mit ihm freundschaftlich zu unterhalten.“ Hermes stehe noch sehr stark unter dem Eindruck der Todesstrafe, deren Vollstreckung er nur knapp entgangen war. Die Aufgabe der sowjetischen Militärverwaltung sei es, ihn „systematisch und geduldig zu beeinflussen und keine Mittel zu scheuen, ihn für die Freundschaft zur Sowjetunion zu festigen“. Dieses Vorhaben misslang jedoch gründlich. Hermes geriet als Vorsitzender der neugegründeten CDU (Deutschlands) und Gegner der Bodenreform mit der sowjetischen Besatzungsmacht aneinander. Im Oktober 1945 wurde er abgesetzt. Das Amt als Stadtrat für Ernährungswesen im Berliner Magistrat hatte er bereits im



Juli 1945 aufgeben müssen.

Stadtkommandant Bersarin machte zwölf KPD-Funktionäre zu Stadträten, zwei Stadträte gehörten der SPD an, zwei weitere waren parteilos. Einer davon, der weltberühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch, übernahm die Leitung des Gesundheitswesens. Ulbrichts Empfehlung: „Er ist ehrlich für Zusammenarbeit, hat aber zweifellos noch manche deutschnationale Anschauung.“

Für die Arbeit der Volksbildungsabteilung sollte nach Ulbrichts Personalaufstellung ein gewisser „Karl Rühmann“ herangezogen werden, „einer der bekanntesten Filmschauspieler und Regisseure“. Rühmann hatte nach Ulbrichts Informationen „Genossen bei der illegalen Arbeit gegen das Hitlerregime geholfen“ und sei „sowjetfreundlich gesinnt“. Anlässlich der feierlichen Amtseinführung des Berliner Magistrats am 19. Mai 1945, durfte Heinz Rühmann einige Worte sprechen. Die Aufgabe der Künstler sei es, sagte er laut einem Bericht der „Berliner Zeitung“, den hart arbeitenden Menschen Freude und Entspannung zu bringen. „Das ist umso schöner für uns, als jetzt die Kunst befreit sein wird von allen Schikanen und Fesseln, unter denen sie bis vor wenigen Tagen litt.“ Dafür erhielt Rühmann angeblich „stürmischen Beifall“.

Im Berliner Stadtgebiet kam es nach dem Einmarsch der Roten Armee zu tausendfachen Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen. Die sowjetische Militäradministration untersagte der Gesundheitsverwaltung unter Ferdinand Sauerbruch, Abtreibungen bei betroffenen Frauen vorzunehmen. In einer Besprechung mit KPD-Funktionären aus den Berliner Verwaltungsbezirken rechtfertigte Walter Ulbricht dies mit den Worten: „Es wurde mitgeteilt, dass der Leiter der Abteilung für Gesundheitswesen die Frauen zu sich bestellt hat, die vergewaltigt wurden, um die Abtreibung zu organisieren. Einige Genossen pflichteten dieser Auffassung bei. Wir erklärten, dass eine Untersuchung von Frauen erfolgen darf im Falle von Geschlechtskrankheiten, aber im Übrigen sind wir gegen die Abtreibungen; werden das in einiger Zeit auch offen begründen. Die Herren Ärzte müssen darauf aufmerksam gemacht werden, in diesen Fragen etwas mehr Zurückhaltung zu üben.“

Am 4. Juni 1945 bestellte Josef Stalin die KPD-Führer Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka zu sich, um mit ihnen über die kommenden Aufgaben zu sprechen. Stalin gab die „Perspektive“ aus: „Es wird zwei Deutschlands geben – trotz aller Einheit der Verbündeten.“ Die Verantwortung für die Teilung Deutschlands sollte allerdings den Westmächten angelastet werden.

Am 5. Juli 1945 äußerte sich Konrad Adenauer „streng vertraulich“ in einem Schreiben an den Auslandskorrespondenten Hans Rörig in Bern besorgt über die Entwicklung in Deutschland. „Russland lässt einen Eisernen Vorhang herunter“, den Westalliierten fehle die Einsicht, was „Restdeutschland für Europa“ und Amerika bedeute.

Während in den Westzonen Parteien außer der SPD erst im Entstehen waren, ging es in der sowjetischen Besatzungszone zügig voran. Am 14. Juli 1945 gründeten KPD, SPD, LDPD und CDU wie geplant den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Die fünf Unterzeichner des Gründungsaufrufs aus der CDU, Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Stelzer und Ernst Lemmer, verließen in den folgenden Jahren ebenso wie die Unterzeichner der Liberalen Partei, Waldemar Koch, Eugen Schiffer und Arthur Lieutenant, fluchtartig die SBZ.

Im Juli 1945 rückten die Westalliierten in ihre Berliner Sektoren ein. Die KPD hatte bis dahin auch in der neu aufgebauten Berliner Polizei wichtige Positionen mit erprobten alten Kämpfern besetzt. Viele von ihnen stammten aus dem ehemaligen geheimen Militärapparat der KPD, der vor 1933 den bewaffneten Aufstand gegen die Weimarer Republik vorbereitet hatte.

Der später bekannteste Mann aus dieser Kampftruppe, Erich Mielke, begann seine Nachkriegskarriere als Berliner Polizist. Am 30. Juni 1945 ersuchte Walter Ulbricht die sowjetische Besatzungsmacht um die Ernennung Mielkes als Polizeichef von Berlin-Wedding. Mielke, der 1907 im Wedding das Licht der Welt erblickte, hätte sicher gerne in seinem Heimatbezirk für die neue Ordnung gesorgt. Allerdings sollte der Wedding zur amerikanischen Besatzungszone gehören, und es gab noch Zeitgenossen, die sich an die „Bülowplatzgeschichte“ vom 9. August 1931 und Mielkes Beteiligung an der Erschießung von zwei Polizeibeamten erinnerten. Sicherheitshalber wurde er deswegen am 15. Juli 1945 zum Inspektionsleiter der Polizei im Ostbezirk Berlin-Lichtenberg ernannt.

Mit der amerikanischen Militärverwaltung kehrte Ulrich Biel in seine Heimatstadt zurück. Er beriet die amerikanischen Stadtkommandanten und deutschen Politiker wie Ernst Reuter und Ernst Lemmer. Später nahm er wieder die deutsche Staatsangehörigkeit an und eröffnete eine Rechtsanwaltspraxis. Biel trat 1965 der CDU bei und zog für die Union 1971 in das Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Der SED-Staat strich 1967 den 8. Mai als arbeitsfreien „Tag der Befreiung“ gemeinsam mit dem Ostermontag und Christi Himmelfahrt aus dem DDR-Feiertagskalender. Dadurch sollte die Einführung der Fünf-Tage-Woche volkswirtschaftlich kompensiert werden. Der westalliierte Beitrag zur Befreiung Europas fand keinen Eingang in die Erinnerungskultur der DDR. In der 1978 erschienenen „Geschichte der SED“ lautet die Kapitelüberschrift zum Kriegsende: „Die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion.“

\* \* \*

*Der Verfasser ist Projektleiter im Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin.*